

Bund der Steuerzahler Schwarzbuch prangert Steuerverschwendung an

Der Bund der Steuerzahler hat sein Schwarzbuch für 2013 veröffentlicht. Er kritisiert vor allem Fehl Ausgaben bei öffentlichen Bauprojekten.

17. Oktober 2013

Der Steuerzahlerbund hat sein Schwarzbuch zur Verschwendung von Steuergeldern für 2013 veröffentlicht und dabei vor allem die Baukosten von Großprojekten kritisiert. Der Flughafen Berlin Brandenburg, die Elbphilharmonie in Hamburg oder die neue BND-Zentrale – regelmäßig überschritten die Kosten öffentlicher Bauvorhaben die ursprüngliche Planung. Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler, dessen Mitglieder vor allem Mittelständische Unternehmen sind, ließen sich die Kostenüberschreitungen häufig durch genaue Planung und Finanzierung vermeiden.

Nicht jede Überschreitung des Budgets dürfe automatisch mit einer Verschwendung von Steuergeldern gleichgesetzt werden, hieß es bei der Vorstellung des Schwarzbuchs am Donnerstag. "Viele dieser negativ auf das Bauvorhaben wirkenden Faktoren sind von der Politik und der Verwaltung hausgemacht."

Oft würden gesetzliche Vorschriften missachtet. Großbauvorhaben müssten von Anfang an detailliert und realistisch geplant werden. "Um realistische Kostenprognosen zu erhalten, müssen belastbare Annahmen getroffen werden", fordert der Steuerzahlerbund, die Bürger hätten ein Anrecht darauf, dass der Staat sorgsam und vernünftig mit ihrem Geld umgehe. Die Politik habe inzwischen die Hauptursachen für die Kostensteigerungen erkannt und eine Kommission ins Leben gerufen, wie der Steuerzahlerbund anerkennt, doch dies dürfe nicht als Feigenblatt missbraucht werden.

In seinem Schwarzbuch zur Verschwendung von Steuergeld listet der Verband erneut auch skurrile Fälle auf. Dazu gehört etwa eine Fledermausbrücke in Biberach, die den nachtaktiven Tieren dabei hilft, gefahrlos eine Straße überqueren zu können. Die habe etwa 435.000 Euro gekostet.

Den Umfang der vom Staat durch Missmanagement verschwendete Summen nennt der Bund der Steuerzahler seit einiger Zeit nicht mehr. Zuvor hatte der Verband über viele Jahre immer dieselbe Summe von 30 Milliarden Euro beziehungsweise 60 Milliarden D-Mark angegeben.